



MEINUNG
ZUM TAGE
von
Michael Agricola

Ungeheuerlich

Es gibt Dinge, die machen auch erfahrene Politikbeobachter noch fassungslos. Die Meldung, die Bundesregierung habe schon im März gewusst, in welcher Größenordnung Flüchtlinge auf dem Weg nach Deutschland sind, ist so etwas. Denn es bedeutet nichts anderes, als dass die große Koalition in Berlin die gutwilligen Helfer und die ohnehin schon am Limit arbeitenden Verwaltungen wissentlich ins Chaos geschickt hätten. Während jetzt unter Zeitdruck und in einem politisch aufgeheizten Klima vor Ort oft verzweifelt versucht werden muss, die Ankommenen halbwegs menschenwürdig unterzubringen und zu versorgen, hätte das bei frühzeitigem Handeln geordnet vorbereitet und abgewickelt werden können. Wenn sich das bewahrheitet, ist es ein handfester Skandal – mit ungewissem Ausgang.

Ein solches Regierungsversagen lässt nur wenige Erklärungsmöglichkeiten zu. Und eine klingt schlimmer als die andere. Entweder handelt es sich um eine unverzeihliche sachliche Fehleinschätzung der Lage durch Ignorieren der Frontex-Fakten. Dies möglicherweise erweitert um das bewusste Unterschlagen der Fakten – in der sicheren Erwartung, dass die EU-Länder an den Außengrenzen es nicht wagen würden, die Flüchtlinge einfach in den Kern der EU „weiterzureichen“. Das würde den sehr harschen Ton mancher EU-Regierung gegenüber Merkel erklären.

Die noch unappetitlichere Auslegung, warum man Bevölkerung, Kommunen und Behörden sehenden Auges in diese Situation laufen ließ, wäre politisches Kalkül. Das wäre höchstens damit erklärbar, dass die Koalition oder Teile von ihr aus der sich absehbar verschärfenden Situation politisches Kapital schlagen wollten. Zum Beispiel, um die Asylgesetzgebung zu verschärfen – wie gerade geschehen. Denkbar wäre auch, dass anstehende Wahlen nicht „belastet“ werden sollten, weil ein Rechtsruck erwartbar gewesen wäre. Allerdings scheinen die davon betroffenen Bürgerchaftswahlen in Bremen und die Kommunalwahlen in Sachsen und Nordrhein-Westfalen für einen so schwerwiegenden Vertrauensbruch wohl nicht „wichtig“ genug. Eine harmlosere Erklärung fällt schwer, die Einzige wäre, dass die EU damals rund um die Griechenlandkrise nicht noch eine weitere Zerreißprobe vertragen hätte. Auch das macht aber nichts besser. In jedem Fall muss dieser Skandal Konsequenzen haben. Der ohnehin angezählte Innenminister de Maiziere ist so wohl kaum zu halten. Er könnte nicht der Einzige sein. Natürlich ist ein derartiges Fehlverhalten Wasser auf die Mühlen der Hetzer und Realitäts-Ignoranten aus der rechtswütigen Ecke. Davon darf sich eine Demokratie aber auch in einer schwierigen Lage nicht Handlungsfähigkeit und Moral abkaufen lassen.

Frühe Warnung vor Flüchtlingsandrang

Bericht: Frontex informierte Bundesregierung schon im Frühjahr · Registrierungszentrum in Niedersachsen?

Die Bundesregierung soll laut Zeitungsbericht bereits im Frühjahr von der EU-Grenzschutzagentur Frontex vor einem Flüchtlingszustrom gewarnt worden sein.

Fortsetzung von Seite 1

Berlin. Der Frontex-Chef Fabrice Leggeri habe im März eine neue Rekordzahl von Flüchtlingen in Europa angekündigt, berichtet die „Welt am Sonntag“ unter Berufung auf eigene Recherchen. Im Juni habe Leggeri in einer internen Sitzung des Bundestages den Abgeordneten mitgeteilt, „dass die irregulären Grenzübertritte von der Türkei nach Griechenland im Vergleich zum Vorjahr um 550 Prozent gestiegen sind“. Die Zahl sei dem Bundesinnenministerium und dem Kanzleramt übermittelt worden.

Die Bundesregierung steht seit längerem in der Kritik, nicht ausreichend Vorbereitungen für den sich abzeichnenden Flüchtlingsandrang an den Grenzen der Europäischen Union getroffen zu haben. So soll Leggeri ebenfalls im Frühjahr zur Lage in Nordafrika gesagt haben: „Unsere Quellen berichten uns, dass zwischen 500 000 und einer Million Migranten bereit sind, Libyen zu verlassen.“ Die deutsche Vertretung im Kosovo



Flüchtlinge warten in einem Registrierungslager im kroatischen Tovarnik nahe der Grenze zu Serbien. Der Zustrom in Richtung Deutschland war der Regierung offenbar frühzeitig bekannt. Foto: Antonio Bat

hat nach Recherchen der Zeitung bereits im Februar in einem Bericht an das Auswärtige Amt gewarnt, dass „täglich 800 – 1000 (plus Dunkelziffer) Kosovaren“ über Serbien und Ungarn nach Deutschland unterwegs seien. Bis Ende des Jahres könnten es „300 000 Personen, d. h. ein Sechstel der Gesamtbevölkerung“ sein“, heiße es in dem Schreiben.

Im Nachgang zur Einigung der Berliner Koalitionsfraktio-

nen über die Anpassung der Asylpolitik gibt es weitere Überlegungen. Neben Bayern könnte demnach Niedersachsen eine Registrierstelle für Flüchtlinge erhalten. „Es ist nach den Gesprächen auf Bundesebene durchaus sehr wahrscheinlich, dass es auch in Niedersachsen eine solche Registrierstelle geben wird“, sagte Landesinnenminister Boris Pistorius (SPD) gestern. Damit stellte er klar, dass eine Entscheidung,

anders als am Samstag von ihm dargestellt, noch nicht gefallen sei.

Es solle sich aber nicht um eine besondere Aufnahmeeinrichtung wie in Bamberg und Manching in Bayern handeln, in denen Menschen mit geringer Chance auf ein positives Asylverfahren untergebracht werden sollen, weil sie aus sichereren Herkunftsstaaten kommen. Geplant sind bundesweit bis zu fünf solcher Zentren. Da-

rüber hinaus sind sogenannte Registrierzentren geplant, in denen Asylbewerber – egal welcher Herkunft – schnell registriert werden sollen und wo zügig über die Verfahren entschieden werden soll.

Für einen Text zu Flüchtlingen hat der Philologenverband in Sachsen-Anhalt Kritik von seinem Bundesverband wie auch aus der Politik geerntet. Der Bundesvorsitzende Heinz-Peter Meidinger teilte am Samstag in Berlin mit: „Das Aufgreifen von unbestätigten Gerüchten in einer schon jetzt gesellschaftlich aufgeheizten Situation ist mit Sicherheit nicht der richtige Weg, die vor unserer Gesellschaft und unseren Schulen liegenden Herausforderungen zu meistern.“ Er halte den in der Verbandszeitschrift erschienenen Text für inakzeptabel.

„Eine Immigranteninvasion überschwappt Deutschland“, heißt es im Editorial der Zeitschrift des Verbandes. Im Text wird unter anderem gefragt, wie junge Mädchen vor Sex mit muslimischen Männern gewarnt werden könnten.

Der in die Kritik geratene Landesverbands-Chef Jürgen Mancke sagte, es sei nicht die Absicht gewesen, ein rechtes Spektrum zu bedienen. Er räume ein, dass der Artikel in „manchen Formulierungen möglicherweise zu scharf“ sei. Seine Absicht sei eine gesellschaftliche Diskussion gewesen. (dpa)

Weiter steigende Flüchtlingszahlen auf der Balkanroute

Griechenland beendet Fahrstreiks · Slowenien will seine Grenzen stärker schützen · Pakistan rudert zurück

Athen. Nach dem Ende des Fährstreiks in Griechenland müssen sich die Staaten entlang der Balkanroute auf einen Andrang von Flüchtlingen einstellen. Im Athener Hafen Piräus trafen der griechischen Küstenwache zufolge allein bis gestern Mittag mehr als 11 500 Menschen ein, die innerhalb der nächsten Tage weiterreisen werden.

Während des Fahrstreiks der vergangenen Woche hatte sich in Griechenland die Zahl der Flüchtlinge auf den Inseln der Ostägäis auf etwa 25 000 Menschen erhöht. Sie saßen dort bis Streikende am Freitag fest.

Um der wachsenden Zahl von Flüchtlingen Herr zu werden, will Slowenien seine Grenzen stärker schützen. „Wenn sich die Situation in den kommenden Tagen nicht deutlich verändert, werden wir die Kontrolle wahrscheinlich mit Hilfe von technischen Barrieren erhöhen“, sagte Premierminister Miro Cerar. Zu den möglichen Grenzschutzmaßnahmen gehörten ein Zaun, „wenn nötig“, eine erhöhte Polizeipräsenz oder gar das Militär.

Täglich reisen im Schnitt rund 7000 Menschen in das Transitland ein. Zwar verzeichnete Slowenien als Transferland

Medienberichten zufolge am Samstag lediglich die Einreise von 1700 Flüchtlingen, während sonst täglich bis zu 7000 Menschen über die Grenze kamen; das aber war offensichtlich dem Fahrstreik in Griechenland geschuldet.

„In den nächsten zehn Tagen könnten bis zu 100 000 Flüchtlinge kommen. Das können wir nicht stemmen“, sagte Cerar. Slowenien wurde eine Station auf der Balkanroute, nachdem Ungarn am 17. Oktober seine Grenze zu Kroatien geschlossen hatte. Seitdem sind mehr als 157 000 Flüchtlinge in Slowenien registriert worden. Weiter-

hin setzen wegen des guten Wetters griechischen Medien zufolge täglich unzählige Schlauchboote von der Türkei zu den griechischen Inseln über. Allein am Samstag haben demnach rund 5000 Flüchtlinge die Insel Lesbos erreicht.

Pakistan lässt EU auflaufen

Einen Tag nach Gesprächen mit der EU setzte Pakistan ein Rücknahmeabkommen für Flüchtlinge mit der Europäischen Union vorübergehend aus. Innenminister Chaudhry Nisar Khan warf den EU-Ländern am späten Freitagabend

„offenkundigen Missbrauch“ vor. Oft würden Pakistaner ohne genauere Prüfung als Terroristen gebrandmarkt und zurückgeschickt. „Das ist nicht akzeptabel“, sagte Khan.

Ein Sprecher der EU-Kommission sagte in Brüssel, es gebe bisher keine offizielle Bestätigung aus Islamabad. Der pakistanische Innenminister sagte nun, dass seit fünf Jahren bestehende Abkommen werde mit allen EU-Ländern mit Ausnahme Großbritanniens ausgesetzt. Flugzeuge mit abgeschobenen Migranten dürften in Zukunft nicht mehr in Pakistan landen. (dpa)

Alternative für Deutschland auf dem Vormarsch

AfD legt in Umfrage zu und ist nun gleichauf mit der Linkspartei · 5 000 Anhänger bei Demonstration

Wer glaubte, die internen Querelen der AfD würden zum frühen Ende der Rechtspartei führen, sieht sich getäuscht. Die Gegner einer großzügigen Asyl-Politik haben dort eine Heimat gefunden. Auch Neonazis laufen mit.

Berlin. Die Alternative für Deutschland (AfD) legt in Umfragen weiter zu. Im aktuellen Sonntagstrend kommt die rechte Partei bundesweit auf 9 Prozent (+1) und holt damit die Linkspartei (-1) ein. Wie das Meinungsforschungsinstitut Emnid für die Zeitung „Bild am Sonntag“ ermittelte, kann die AfD vor allem im Osten punkten. Dort kommt sie auf 14 Prozent. Bei ostdeutschen Männern liegt der Zuspruch für die Partei sogar bei 18 Prozent.

Die SPD legt laut Sonntagstrend ebenfalls ein Prozent zu (26 Prozent). Unverändert bleiben die Werte von Union (36 Prozent), FDP (4 Prozent) und

Grünen (10 Prozent). Der Parteienforscher Ulrich von Alemann erklärt den Aufschwung der AfD mit deren Haltung in der Flüchtlingsfrage. „Die AfD ist die einzige Partei in Deutschland, die die Vorurteile von Teilen der Bevölkerung gegenüber Ausländern hemmungslos ausbeutet“, sagte von Alemann.

Linke Demonstranten versuchten am Samstag in Berlin vergeblich, eine Demonstration von rund 5000 AfD-Anhängern zu stören. Die Polizei verhinderte mit 1100 Beamten Blockadeversuche von insgesamt etwa 1100 Gegendemonstranten. Dabei setzten die Beamten auch Schlagstöcke und Pfefferspray ein. Zum Teil wurden Demonstranten weggetragen. Ein Polizist wurde leicht verletzt. Es gab etwa 40 Festnahmen.

Die AfD hatte bundesweit zu der Demonstration unter dem Motto „Asyl braucht Grenzen – Rote Karte für Merkel!“ aufgerufen. Unter den AfD-Anhängern waren viele ältere Menschen aus bürgerlichen Kreisen, aber auch eine Gruppe von etwa 40 klar erkennbaren Neonazis.

Die AfD-Bundesvorsitzende Frauke Petry warf den etablierten Parteien bei der Schlusskundgebung vor, sie gefähr-

deten die nationale Identität Deutschlands durch eine Massenzuwanderung. Ihre Anhänger riefen auch immer wie-



Begleitet von Protesten linker Demonstranten haben 5000 Anhänger der rechtspopulistischen AfD in Berlin gegen die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung demonstriert. Foto: Paul Zinken

der den Pegida-Slogan „Lügenpresse“.

In Leipzig zerstörten vier Vermummte einen Info-Stand der AfD und beschimpften die AfDler als „Nazischweine“. Bildungsministerin Johanna Wanka (CDU) musste am Wochenende auf Anordnung des Bundesverfassungsgerichts einen kritischen Kommentar über die AfD von der Internetseite ihres Ministeriums entfernen. Die Partei hatte sich daran gestoßen, dass die Ministerin auf der Internetseite ihres Hauses mit den Worten zitiert wurde: „Die Rote Karte sollte der AfD und nicht der Bundeskanzlerin gezeigt werden.“ Wanka bezog sich in ihrem Kommentar auf das Motto der AfD-Demonstration in Berlin. Das Gericht stellte fest, dass das Recht verletzt werde, „gleichberechtigt am Prozess der Meinungs- und Willensbildung des Volkes teilzunehmen, wenn Staatsorgane als solche parteiübergreifend zugunsten oder zulasten einer politischen Partei in den politischen Wettbewerb einwirken“. (dpa)